

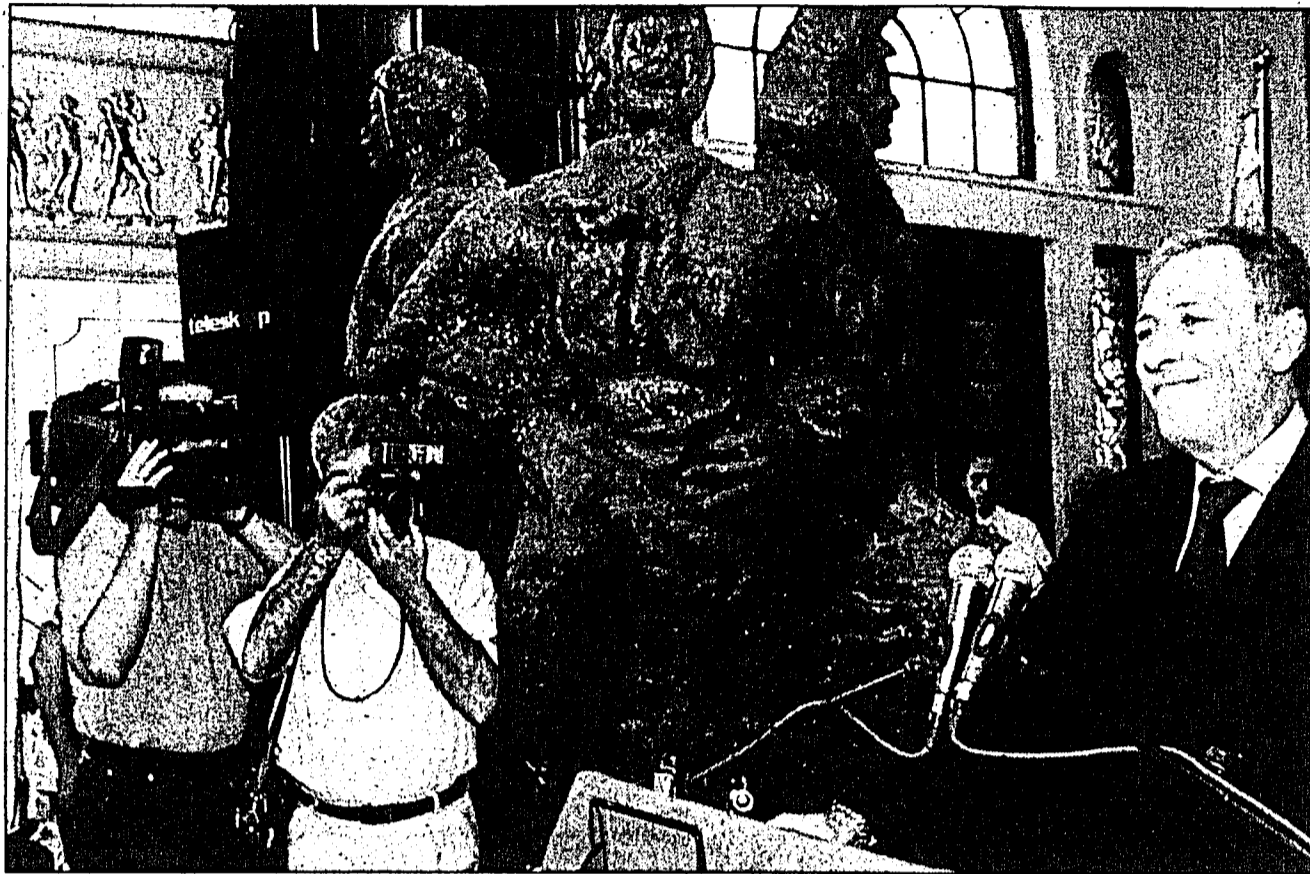
Türkische Renegaten gründen Partei

Zurückgetretener Aussenminister will EU-Beitritt durchsetzen - Ecevit nach weiteren Parteiaustritten immer mehr unter Druck

ANKARA: Einen Tag nach seinem aufsehenerregenden Rücktritt hat der bisherige türkische Aussenminister Ismail Cem die Regierung in Ankara offen herausgefordert und die Gründung einer eigenen Partei angekündigt.

Die neue Bewegung werde prowestlich und sozialdemokratisch ausgerichtet sein und den - in der Regierungskoalition umstrittenen - Beitritt zur EU anstreben, erklärte Cem am Freitag. Ihm angeschlossen hätten sich bereits Wirtschaftsminister Kemal Dervis und der ebenfalls zurückgetretene stellvertretende Ministerpräsident Hüsamettin Özkan. Schon der Rücktritt von insgesamt sieben Ministern in dieser Woche hat der brüchigen Koalition von Ministerpräsident Bülent Ecevit einen herben Schlag versetzt. Mit der neuen Partei, der mit Cem und Dervis zwei der beliebtesten Politiker des Landes angehören sollen, wird Ecevit weiter in die Enge getrieben.

Der gesundheitlich angeschlagene 77-Jährige lehnte einen Rücktritt aber erneut entschieden ab. «Ich habe meine Aufgaben im Griff», sagte Ecevit am Freitag. «Wir müssen bis zum Ende weitermachen», erklärte er mit Blick auf die für 2004 angesetzten Neuwahlen. Ecevit räumte allerdings ein, dass er die Regierung nicht halten könne,



Gestern schlug der zurückgetretene Aussenminister Ismail Cem zurück: Er kündigte die Gründung einer eigenen Partei an und versetzte damit dem regierenden Ministerpräsidenten Bülent Ecevit einen weiteren Schlag.

wenn er die Mehrheit im Parlament verliere. Seine Koalition hat nur noch eine Mehrheit von 14 Sitzen - mit schwindender Unterstützung. Am Freitag verliessen zwei weitere Abge-

ordnete Ecevits Partei der Demokratischen Linken (DSP). Damit stieg die Zahl der Abgeordnetenaustritte in dieser Woche auf 43, die einst stärkste Partei im Parlament sackte auf den

dritten Platz ab.

Cem betonte, seine Partei setze sich für eine grundlegende Erneuerung der politischen Arbeit ein. «Die Türkei braucht eine arbeitsfähige Regierung»,

erklärte er. Auch die Chance des EU-Beitritts dürfe sich sein Land nicht nehmen lassen. «Wir sind entschlossen, die nötigen Schritte zu gehen».

Der Streit um den EU-Kurs war einer der Punkte, der zum Zerfall der Regierung beitrug. Entschieden gegen einen EU-Beitritt, für den die Türkei mindestens die Todesstrafe abschaffen und den Kurden grössere Rechte gewähren müsste, sind die Nationalisten, die nach der Austrittsreihe bei der DSP inzwischen stärkste Fraktion der Koalition sind.

Vizeregierungschef Gürel wird neuer Aussenminister

Als Nachfolger Cems im Aussenministerium stellte Ecevit den stellvertretenden Regierungschef Sükrü Sina Gürel vor. Gürel bekräftigte, die Regierung werde ihr wirtschaftliches Reformprogramm um jeden Preis aufrechterhalten, wenn nötig auch ohne den abtrünnigen Wirtschaftsminister Dervis. Der unabhängige Minister gilt als Architekt des Wirtschaftsprogramms. Cem entwickelte die Beziehungen des Landes zur EU weiter, und Özkan galt als Hüter der brüchigen Koalition.

Angesichts der Lage sagte EU-Kommissionspräsident Romano Prodi einen Besuch in der Türkei ab. Die Absage sei nach Absprache mit den türkischen Behörden erfolgt, teilte die Kommission mit. Die Reise werde aber so schnell wie möglich nachgeholt.

Marokko besetzt spanische Insel

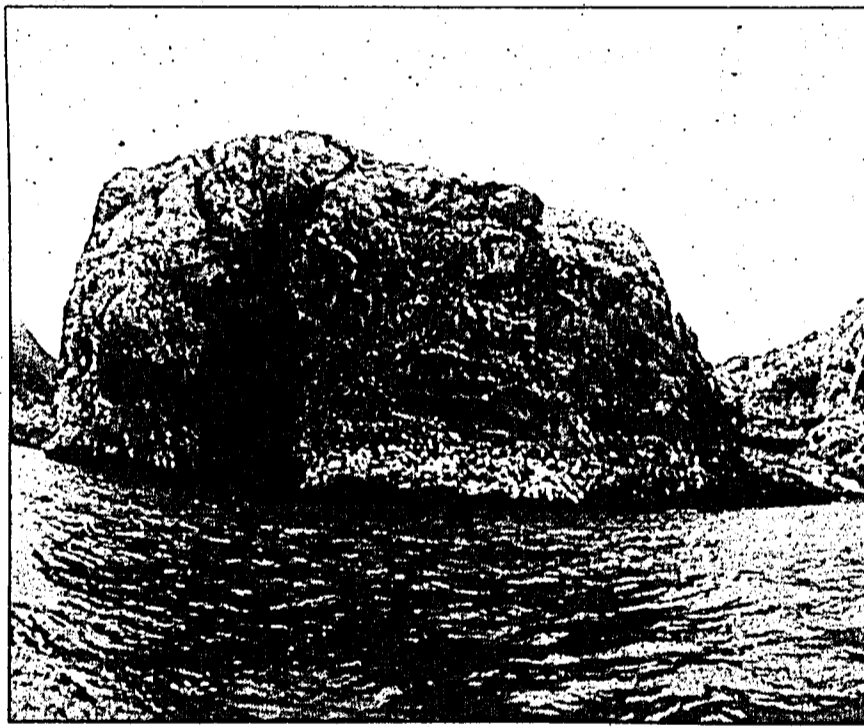
Streit zwischen Marokko und Spanien um kleine Felsinsel - «Ernster Vorfall»

RABAT: Zwischen Spanien und Marokko hat sich ein Streit um die winzige Insel Perejil vor der marokkanischen Küste entzündet. Die Regierung in Rabat weigerte sich am Freitag, seine tags zuvor entsandten Truppen von der Insel abzuziehen.

Die Regierung in Madrid verurteilte die Militärpräsenz auf der Insel und forderte Marokko auf, «die notwendigen Massnahmen für eine Rückkehr zur Normalität» einzuleiten. Auch die EU-Kommission sprach von einem «ernsten Vorfall», der jedoch zwischen den beiden betroffenen Ländern geregelt werden müsse.

Nur wenn es keine bilaterale Lösung gebe, könne die EU sich einschalten, sagte der Sprecher von Aussenkommissar Chris Patten in Brüssel. Es handle sich auf jeden Fall um eine «Verletzung der territorialen Integrität Spaniens».

Mit der Einrichtung eines Kontrollpostens auf der kleinen Felsinsel Pe-



Perejil gehört offiziell zu keiner spanischen Verwaltungseinheit. Marokko rechnet die Insel zu seinem Territorium.

rejil wolle Marokko - Spanien weder provozieren noch bedrohen, sagte ein Vertreter der marokkanischen Regierung. Das Aussenministerium in Rabat begründete die Einrichtung des Kontrollpostens mit dem Kampf gegen Terrorismus und illegale Einwanderung.

Die marokkanischen Soldaten waren am Donnerstag auf der in Marokko Leila genannten Insel gelandet, stellten dort Zelte auf und hissten ihre Flagge. Die Insel Perejil («Petersilie») ist unbewohnt und nur 13,5 Hektar gross. Sie liegt etwa 40 Kilometer östlich von Tanger und nur 200 Meter vom Festland entfernt.

Ihr Status blieb nach dem Ende der Kolonialherrschaft unklar. In den 60er Jahren war dort zuletzt die spanische Marine stationiert gewesen. Perejil gehört offiziell zu keiner spanischen Verwaltungseinheit. Marokko rechnet die Insel zu seinem Territorium, da sie in marokkanischem Hoheitsgewässer liegt.

Terror-Finanzier in Pakistan verhaftet

KARACHI: Die pakistanischen Behörden haben am Freitag einen mutmasslichen Finanzberater von Osama bin Laden in Karachi festgenommen. Zudem verhaftete die Polizei zwei weitere mutmassliche Mitglieder der Terrororganisation El Kaida.

Der mutmassliche Finanzberater Scheich Ahmed Salim und zwei weitere Männer seien bei einer nächtlichen Razzia in einer Wohnung verhaftet worden, sagte ein Polizeisprecher. Der Sudanese Salim sei offenbar nach Beginn des US-Militäreinsatzes in Afghanistan im Oktober nach Pakistan geflohen.

Die Festnahmen beruhen laut Polizeiangaben auf Vernehmungen radikaler Moslems, die nach dem Selbstmordanschlag auf die US-Botschaft in Karachi im Juni verhaftet worden waren. Bei der Planung von Anschlägen auf westliche Ziele arbeiten aus Afghanistan geflüchtete El-Kaida-Mitglieder mit lokalen Islamisten in Pakistan zusammen, wie die Polizei mitteilte.

Afghanische Gouverneure wollen vor US-Einsätzen gefragt werden

AROK: Die Gouverneure von sechs afghanischen Provinzen wollen künftig informiert werden, bevor amerikanische Truppen in ihrem Gebiet Einsätze gegen mögliche Taliban- oder El-Kaida-Mitglieder starten.

Dies erklärte am Freitag Gul Agha, der Gouverneur der Provinz Kandahar. Er kündigte weiter den Aufbau einer eigenen 500 Mann starken Sondereinheit an, die gegen Taliban- oder El-Kaida-Kämpfer eingesetzt werden solle. 3000 Soldaten sollten zudem die Grenzen zu Iran und Pakistan bewachen.

Agha sagte der Nachrichtenagentur AP, er werde Präsident George W. Bush über die Auflagen informieren, wenn er in der kommenden Woche die USA besuche. Die Gouverneure der Provinzen Kandahar, Urusgan, Helmand, Farah, Sabul und Nimros würde eine Kommission einrichten, die die von den Amerikanern vorge-

legten Einsatzpläne abzeichne. «Wir haben das schon entschieden», sagte Agha. Künftig dürften die Amerikaner keine Einsätze mehr ohne Billigung der Kommission unternehmen. Auch müssten ihre Truppen von afghanischen Soldaten begleitet werden. Der Beschluss der Gouverneure kommt rund zwei Wochen nach einem versehentlichen Bombenangriff von US-Flugzeugen auf das Dorf Kakarak in der Provinz Urusgan, bei dem am 1. Juli 48 Menschen getötet und 170 weitere verletzt wurden. Unter den Toten waren auch 25 Besucher einer Hochzeitsfeier. Seitdem waren amerikanische Truppen in Afghanistan wiederholt Ziel von Angriffen. In der Nacht zum Donnerstag wurden US-Soldaten in Urusgan angegriffen. Auf sie wurden Schüsse abgefeuert und Granaten geworfen. Verletzte habe es nicht gegeben.

Die USA sagten unterdessen humanitäre Hilfe für die betroffene afghanische Region zu.

Arafat: «Kein Rücktritt»

Noch kein Entschluss über neue Kandidatur

RAMALLAH: Der palästinensische Präsident Jassir Arafat (Bild) will trotz des zunehmenden amerikanischen Drucks nicht zurücktreten. Das erklärte er am Freitag in einem Interview mit der Nachrichtenagentur AP in Ramallah.

Arafat bekräftigte allerdings, er werde nicht zurücktreten, wenn er nicht bei einer Wahl sein Amt verliere. «Ich bin vom Volk gewählt. Ich bin kein Feigling und ich bin nicht bereit, die Menschen zu verraten, die mich gewählt haben.» Die von den USA geforderten Reformen in der palästinensischen Autonomiebehörde seien bereits im vollen Gange, fügte er hinzu.

Arafat sagte weiter, bei neuen Gesprächen zwischen Palästinensern und der israelischen Regierung am Samstag werde es um «viele Themen» gehen. Er glaube, dass bei den in der vergangenen Woche wieder in Gang gekommenen Gesprächen Fortschritte



möglich seien, falls der israelische Ministerpräsident Ariel Sharon dies wolle. Zugleich verurteilte er die Besetzung von sieben der acht grösseren palästinensischen Städte im Westjordanland mit scharfen Worten. «Wie kann es international hingenommen werden, dass wird das einzige Volk sind, das unter Besatzung lebt», sagte Arafat.

Berlusconi Bruder verurteilt

ROM: Paolo Berlusconi ist von einem Mailänder Gericht am Freitag zu 21 Monaten Haft auf Bewährung verurteilt worden. Dem jüngeren Bruder des italienischen Regierungschefs Silvio Berlusconi wurden Korruption und Steuerhinterziehung vorgeworfen.

Laut dem Gericht habe der Unternehmer zwischen 1991 und 1996 über seine Gesellschaft Simec auf illegale Weise 86 Mio. Euro (rund 125 Mio. Franken) von den Mailänder Stadtkassen erhalten. Diese zahlten der Müllentsorgungsanlage an der Peripherie Mailands einen überhöhten Preis für die Abfallbeseitigung.

In die Affäre sind rund 50 Personen verwickelt. Ermittlungen laufen noch gegen den Präsidenten der Region Lombardien, Roberto Formigoni. Er ist einer der Spitzenvertreter von Berlusconi Partei Forza Italia.

Das Gericht entschloss sich zu einer mildernden Strafe für Paolo Berlusconi, da er die Gemeinderatskassen bereits mit 49 Mio. Euro (rund 71 Mio. Franken) entschädigt hat.